

# Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg

Wassergasse 12

78333 Stockach am Bodensee

E-Mail: [mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de](mailto:mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de)

Internet: [www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de](http://www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de)

Januar 2017

## Rundbrief Nr. 1/2017

### **Unwürdiges «Change Management» muss an unseren Schulen untersagt werden**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde und Kollegen,

zum Neuen Jahr wünschen wir Ihnen alles Gute und viel Erfolg bei Ihrer wichtigen Arbeit.

Sehr gefreut haben wir uns über den Brief von Frau Ministerin *Eisenmann* von Anfang Dezember 2016 an die Grundschulen des Landes. Sie hat die Tatsache aufgegriffen, dass die Rechtschreibleistungen der Kinder und Jugendlichen an den Schulen des Landes schon seit Jahren nicht mehr zufriedenstellend sind, und auf die Bedeutung der Rechtschreibung als grundlegende Kulturtechnik hingewiesen. Von den Grundschulen, aber auch von den weiterführenden Schulen hat sie gefordert, dem Rechtschreibunterricht wieder die ihm gebührende Rolle, über die noch im Detail zu berichten wäre, zukommen zu lassen. Konkret werden die Schulen angehalten,

- keine «individuellen Schreibungen» mehr ohne Korrektur zuzulassen und stattdessen
- Rechtschreibung von der 1. Klasse an systematisch und kontinuierlich einzuüben,
- vom ersten Schuljahr an auf die richtige Schreibung zu achten,
- die Rechtschreibung in jedem Fach zu berücksichtigen und
- bei allen Schreibübungen auch darauf zu achten, dass die Kinder von Beginn an eine gut lesbare Handschrift einüben.

Eine Lehrerin aus Baden-Württemberg schrieb uns dazu: «Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass die Kenntnisse der Schüler im Bereich der Rechtschreibung in den letzten Jahrzehnten derart krass abgenommen haben, dass darüber endlich gesprochen werden muss. Sollte man es beispielsweise heute noch riskieren wollen – um den Stand der Kinder einzuschätzen –, in Klasse 5 eine Orientierungsarbeit zu schreiben, wie sie früher für die Grundschulempfehlung verbindlich war, so würde man sowohl in der Realschule als auch dem Gymnasium katastrophale Durchschnitte erzielen. Darum kann man seit langem nur noch mit einem sehr weichen Einstieg beginnen, um die Schüler nicht zu entmutigen. Diese sind ja nicht dümmer geworden, sondern sie werden seit langer Zeit vielfach mit Methoden unterrichtet, die ihnen keinen Erfolg mehr ermöglichen. Dazu gehört nach meiner Meinung das Schreibenlernen nach dem Hören, das dem Kind keinerlei Systematik für die Rechtschreibung ermöglicht.»

Unerfreulich ist dabei, dass solche und andere mahnende Stimmen von Eltern und Lehrern bis vor kurzem wenig gefruchtet haben. Dabei ist die Sachkompetenz der Bürger hoch, wird jedoch von der Politik nicht abgerufen. Vielmehr erklärt man häufig, «der Bürger habe etwas noch nicht richtig verstanden» oder «es sei nicht gelungen, die Politik richtig zu kommunizieren», statt sich mit den Sachargumenten zu befassen. Darum ist es ein Wermutstropfen, dass es immer erst Stimmen «von oben» braucht wie die Studien VERA 8 und IQB-Bildungstrend 2015, um eine notwendige Kurskorrektur anzustoßen, statt von vorneherein die Fachleute – Lehrer und Pädagogen mit langjähriger Praxiserfahrung – einzubeziehen und dem Schulsystem nicht permanent Konzepte überzustülpen, die erfahrene Pädagogen sofort als unbrauchbar erkennen und entlarven würden.

So erfreulich es ist, dass sich dieses Mal auch aufgrund von Studien eine positive Richtungsänderung abzeichnet, muss man doch anmerken, dass etliche Studien durchaus vom Grundsatz her angreifbar sind und zu einer der Sache nicht angemessenen, «von oben» verordneten Politik führen. Für eine Demokratie ist diese Orientierung «nach oben» kein gutes Zeichen.

Eine Organisation, die sich ziemlich weit «oben» bewegt, ist die OECD, eine amerikanisch dominierte Privatorganisation, vermeintlich für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit. Viele der Schulreformen der vergangenen Jahrzehnte gehen auf ihr politstrategisches Durchsetzungsvermögen zurück. In einem Interview mit dem «Kölner Stadt-Anzeiger» (6.12.2016) spricht der Kölner Pädagogik-Dozent *Matthias Burchardt* von einer «politischen Agenda» der OECD: «Eine gleichförmige Gestaltung der einzelnen Bildungssysteme weltweit. Und das unter Vernachlässigung der kulturellen Vielfalt und regionalen Eigentümlichkeiten.» Dabei setze die OECD «bewusst auf einen medialen Schockeffekt», der dazu diene, «dass die Länder eher bereit sind, ihre Bildungssysteme zu verändern.»

Eine bedeutende Rolle dabei spielten die PISA-Tests, die öffentliche Aufmerksamkeit (auch 2016 wieder), die zu den PISA-Ergebnissen inszeniert wurde, und die fatalen Schlussfolgerungen für den Unterricht an unseren Schulen und für die Organisation unserer Schulen.

Dabei sind die PISA-Studien und deren Hintergrund schon seit Jahren Gegenstand fundierter Kritik. Wir möchten Sie auf eine aktuelle Stimme aus Lateinamerika aufmerksam machen, über die wir auch in unserem Land dringend nachdenken sollten. Einer der unterzeichnenden Verbände ist der Dachverband zahlreicher lateinamerikanischer Lehrer- und Bildungsorganisationen. Gemeinsam mit einem zweiten Verband hat sich dieser im Dezember 2016 mit einer Grundsatzkritik an PISA an die lateinamerikanische Öffentlichkeit gewandt und Fragen angesprochen, die für Europa und unser Land nicht minder wichtig sind. Wir haben diese Erklärung und einen kurzen Vorspann der deutschen Veröffentlichung unserem Rundbrief angehängt.

In einem engen Zusammenhang mit den Durchsetzungsstrategien der OECD stehen Vorgänge an unseren Schulen, die amtlicherseits mit dem Wort «Change Management» bezeichnet werden. Lehrerinnen und Lehrer aus Baden-Württemberg haben sich mehrfach an unseren Arbeitskreis gewandt und uns auf das Problem des «Change Managements» und die damit verbundene Rückkehr der obrigkeitstaatlichen Haltung (im neuen Gewande) aufmerksam gemacht. Die Vorgängerregierung im Land hat das «Change Management» ganz offen als ein wesentliches Instrument zur Durchsetzung der neuen Bildungspläne bezeichnet (so der Vortrag von Dr. *Wolfgang Loos*, «Change Management im Kontext der Bildungsplanreform», bei der öffentlichen Präsentation der Bildungspläne am 6. April 2016 in Fellbach). Da muss es auch nicht verwundern, wenn Vertreter staatlicher Schulämter mit Stolz darauf verweisen, dass sie den Paradigmenwechsel in der Schullandschaft Dank «Change Management» leicht vollzogen haben.

Wesentliche Elemente des «Change Managements» sind die Schaffung gesetzlich nicht vorgesehener Parallelstrukturen (z.B. Steuergruppen, ein demokratiefeindlicher Begriff aus der Kybernetik) und deren Umgang mit sogenanntem «Widerstand». Konkret bedeutet dies, dass Lehrern, die mit «Schulreformen» nicht einverstanden sind, ihre Meinung dazu äußern und dabei ihre Rechte wahrnehmen, nicht mehr gleichberechtigt und gleichwertig mit Argumenten begegnet wird, sondern mit einem Köcher verschiedenster Psychotechniken. Dabei wird die Würde der Kollegen mit der anderen Meinung nicht mehr geachtet, stattdessen geht es um Zermürbung und soziale Ausgrenzung. Besonders auffallend dabei ist die Methode, Sachfragen mit Kunstgriffen auf die persönliche Ebene zu zwingen, um damit den Eindruck zu erwecken, es ginge nicht um Sach- und Fachfragen, sondern um persönliche Befindlichkeiten.

Die Zeitschrift des Lehrerverbandes des Schweizer Kantons Basel-Land hat vor einem halben Jahr einen kritischen Bericht zum «Change Management» veröffentlicht ([www.lvb.ch/docs/magazin/2015\\_2016/04-Juni-2016/26\\_und-bist-du-nicht-willig-so-brauch-ich-Gewalt\\_LVB\\_1516-04.pdf](http://www.lvb.ch/docs/magazin/2015_2016/04-Juni-2016/26_und-bist-du-nicht-willig-so-brauch-ich-Gewalt_LVB_1516-04.pdf)). Dort ist zu lesen, es gehe darum, Veränderungen mittels des «Change Management» herbeizuführen: «Dies tut man jedoch nicht mit offenem Visier, indem man Ziele und Methoden klar benennt und offen darüber diskutiert, Meinungen und Gegenmeinungen abwägt.» Vielmehr biete das «Change Management» ein Rezept, «wie man solche Veränderungen via Psychotechniken und personellem Druck in eine Schule hineintragen soll [...] Von Beginn an wird kein rationaler Dialog gepflegt, sondern in antiaufklärerischer Weise vor allem an die Gefühlsebene appelliert und mit personellen Pressionen gearbeitet.» Der Text beschreibt, wie hierfür sogenannte «Steuergruppen» gebildet werden und wer dabei sein darf und wer nicht: «Kritische Denker, die eventuell aus guten Gründen auch Sinnvolles bewahren wollen, sind nicht gefragt. Sie werden pauschal als der Vergangenheit zugewandt abqualifiziert.» Der ausführliche Text endet mit der berechtigten Forderung: «Der Entmündigung und Konditionierung der Lehrpersonen ist Einhalt zu gebieten.»

**Wir fordern die Ministerin deshalb auf, derartige Methoden an unseren Schulen umgehend zu untersagen und ihrer Fürsorgepflicht für alle Lehrer des Landes gerecht zu werden.**

Mit freundlichen Grüßen



Karl-Jürgen Müller



Ewald Wetekamp

Der «Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg» setzt sich aus Lehrern, Eltern und anderen an Bildungsfragen interessierten Bürgern zusammen. Seit 2012 nehmen wir immer wieder zu bildungspolitischen Fragen in Baden-Württemberg Stellung. Mehr über uns erfahren Sie auf unserer Internetseite: [www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de](http://www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de).

# Manifest gegen Pisa und die weltweite Standardisierung der Bildung

An der letzten PISA-Studie 2015 haben auch acht lateinamerikanische Länder teilgenommen, darunter Chile, Mexiko, Argentinien, Brasilien, Kolumbien und Peru. Ob solche weltweit standardisierten Vergleichstests in der Bildung sinnvoll sind, wird auch dort mittlerweile in Frage gestellt.

Das Red Social para la Educación Pública en las Américas (Red SEPA) (Netzwerk für die öffentliche Bildung in Amerika) ist eine Dachorganisation zahlreicher Lehrer- und Bildungsorganisationen in Nord- und Südamerika, die 1998 gegründet wurde, um das öffentliche Bildungswesen auf

dem amerikanischen Doppelkontinent zu schützen und zu verbessern. Das Koordinierungskomitee umfasst Vertreter nationaler Lehrerorganisationen aus Argentinien, Ecuador, Brasilien und Kanada und verschiedene regionale Bildungsorganisationen der Karibik, Zentralamerikas und Mexikos sowie indigene Lehrerorganisationen.

Im Dezember 2016 veröffentlichte das Red SEPA gemeinsam mit der Coalición Trinacional en Defensa de la Educación Pública (Mexiko, USA, Kanada) das im folgenden abgedruckte Manifest.

Die Resultate des internationalen Schulleistungstests PISA sind zum sechsten Male bekanntgegeben worden. Wir Unterzeichnenden lehnen diesen Test entschieden ab, ebenso seine nationalen Versionen und den daraus folgenden Zwang, die verschiedenen nationalen Bildungssysteme zu vereinheitlichen.

PISA ist ein standardisierter Test, der alle drei Jahre mit 15jährigen Schülern durchgeführt wird. Erstmals wurde er im Jahr 2000 durchgeführt; seitdem haben sich mehr als 70 Länder angeschlossen. Jedes Land, das teilnehmen will, muss über technisch speziell ausgebildetes Personal verfügen und für die Durchführung des Tests bezahlen. Die OECD, die die PISA-Studie durchführt, hat jetzt für die Entwicklung der Version 2018 einen Vertrag mit der multinationalen Bildungsfirma Pearson abgeschlossen.

Zudem sind die PISA-Resultate mittlerweile zu einem wichtigen Indikator für die Analyse der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der Länder geworden.

Seit ihrer erstmaligen Durchführung haben wir verschiedene Auffälligkeiten beobachtet:

1. In bildungspolitischer Hinsicht: Die Bildungsministerien haben nur eine begrenzte Kontrolle über diese Evaluation, was dazu führt, dass Prozesse und Messungen immer stärker standardisiert werden. In zunehmendem Maße haben internationale Organisationen wie die OECD Veränderungen der Bildungspolitik auf der ganzen Welt erzwungen, die eine Anpassung der Bildungsprozesse an eine bestimmte eingeschränkte Auffassung von Fortschritt bewirkt haben. Diese Standardisierung beinhaltet auch die Einrichtung oder Anpassung der nationalen Tests an einen globalen Maßstab, und zwar über den Druck, der mit den Rankings ausgeübt wird. Zum anderen hat die Standardisierung eine starke Beteiligung von Privatunternehmen bewirkt,

die die Bildungsministerien, die Lehrerinnen und Lehrer, die Gewerkschaften und Schulen in ihren Bildungsaktivitäten ersetzt haben. Außerdem ist die Aus- und Weiterbildung der Lehrer an die standardisierten Evaluationen angepasst worden. Letztendlich reduziert diese Logik die Lehr- und Lernprozesse, die auf eine umfassende und ganzheitliche Entwicklung des Schülers abzielen und auf der Grundlage eines kritischen sozialen und geschichtlichen Bewusstseins beruhen.

2. In technischer Hinsicht: PISA fördert Länderrankings nach ihren Resultaten. Mit dieser Vorgehensweise wird versucht, die enormen kulturellen Unterschiede, Weltanschauungen und sprachlichen Eigenheiten, die es in jedem nationalen Kontext gibt, zu neutralisieren. Dieser Faktor impliziert auch, dass die Prüfung nicht die minimalsten Anforderungen an Validität und Zuverlässigkeit erfüllt.

3. In pädagogischer Hinsicht: Das höchst einflussreiche System standardisierter Prüfungen und die Prozesse, die es ausgelöst hat, haben zu einer radikalen Veränderung unseres Schulalltags geführt. Die curriculare Einengung hat bedeutet, dass Fächer wie Kunst, Musik, Philosophie und Geschichte eliminiert worden sind. Die Schulzeit ist umstrukturiert worden, damit mehr Raum bleibt für das Training, um Erfolg bei diesen Prüfungen zu haben. Es ist darauf hinzuweisen, dass diese Messungen weder einer sozialen noch einer pädagogischen Überprüfung unterzogen worden sind. Diese Vorgehensweise berücksichtigt den sozialen Kontext nicht und genauso wenig die Verschiedenheit der Werte und der pädagogischen Praxis.

4. In sozialer und psychologischer Hinsicht: Die PISA-Studie und ihre nationalen Varianten sind diskriminierend und repressiv und stigmatisieren Regionen, Länder und Völker im Vergleich zueinander. Die Kontrolle und der Druck, gute Punktzahlen zu erreichen, gehen letztlich

zulasten der Gemeinschaften von Lehrern und Schülern, indem ein sehr belastendes System geschaffen wird, welches das Schulklima und die emotionale Stabilität unserer Schulen zerstört. Der Test hat dazu geführt, dass Ausschluss und Selektion an unseren Schulen verschärft worden sind, und hat damit das Recht auf Bildung seines eigentlichen Sinnes beraubt.

Aus diesen Gründen verlangen wir die Auflösung der Verträge, die verschiedene Regierungen mit der OECD abgeschlossen haben. Ebenso verlangen wir das Ende der standardisierten Prüfungen, die weitreichende Konsequenzen auf nationaler Ebene haben.

Wir wollen auch unser Eintreten für das staatliche Bildungswesen als soziales Recht zum Ausdruck bringen, es orientiert sich in all seinen Bestandteilen an der sozialen, historischen und kulturellen Verschiedenheit unserer Völker.

Wir halten es für notwendig, dass Schulen die Protagonisten einer Bildung in Richtung sozialer Gerechtigkeit sind. Wir verurteilen auch repressive Massnahmen, die von manchen staatlichen Behörden gegen Lehrer- und Studentenorganisationen ergriffen wurden, die gegen verschiedene Formen der neoliberalen Gleichschaltung demonstriert hatten.

Evaluationssysteme müssen regional verankert sein, müssen die Komplexität beachten, und sie müssen eine Bildung fördern, die die Menschenrechte und die sozialen Rechte beachtet. Nur auf diese Art und Weise bilden wir Bürgerinnen und Bürger in vollem Sinne aus.

*Red Social para la Educación Pública en las Américas (Red SEPA)  
Coalición Trinacional en Defensa de la Educación Pública  
(Mexico, USA, Kanada), Dezember 2016*  
Quelle: <http://es.idea-network.ca/noticias/manifiesto-contra-Pisa-y-la-logica-estandarizadora-de-la-educacion-en-el-mundo>  
(Übersetzung ins Deutsche: Zeit-Fragen)